

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 164. Ratssitzung vom 30. August 2017

3196. 2016/378

Postulat von Renate Fischer (SP) und Marcel Tobler (SP) vom 02.11.2016: Einkäufe und Submissionen in den Dienstabteilungen, Unterstützung durch professionelle Einkäuferinnen und Einkäufer

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Renate Fischer (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2371/2016): Das öffentliche Beschaffungswesen schafft es immer wieder in die Schlagzeilen, meistens nachdem etwas schief gelaufen ist. Auch in der Geschäftsprüfungskommission sind Beschaffungsverfahren immer wieder ein Thema. Schon 2012 hat sich in einer GPK-Untersuchung gezeigt, dass das Fachwissen vor allem in den Abteilungen vorhanden ist, die regelmässig grosse Beschaffungen tätigen. In anderen Dienstabteilungen war das Fachwissen nicht vorhanden, mit der entsprechenden Konsequenz. Seither hat sich einiges verändert, es gibt eine Fachstelle Beschaffungskoordination im Finanzdepartement. Diese Fachstelle koordiniert grosse Beschaffungen departementsübergreifend. Sie ist zuständig für die Weiterentwicklung des städtischen Beschaffungswesen. Der Bericht des Controlling und Reporting erweist sich als sehr aufwendig, weil die Beschaffungen in den einzelnen Dienstabteilungen unterschiedlich erfasst werden, mit guten Begründungen. Obwohl schon viel unternommen wurde, um das Beschaffungswesen zu verbessern – eins ist noch immer gleich: Mitarbeitern, die im Beschaffungswesen keine Routine haben und zum ersten Mal ein Submissionsverfahren durchführen müssen, fehlt die praktische Unterstützung. Für die betroffenen Angestellten, die ihre Beschaffung korrekt durchführen wollen, beginnt ein aufwendiger Prozess, um alle relevanten Informationen zusammenzutragen. Neben den allgemeinen Fragen, die man in Schulungen und Merkblättern beantwortet bekommt, gibt es immer wieder spezifische Fragen zu der konkreten Beschaffung. Es gilt nicht nur, die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten, man muss die Kriterien so formulieren, dass man wirklich das beste Angebot bekommt und nicht nur das billigste. Dafür wird Erfahrung und aktuelles Wissen benötigt. In der Praxis zeigt sich, dass die Fachstelle Beschaffungskoordination hier an ihre Grenzen stösst. Eine Unterstützung aller Departemente kann die Beschaffungskoordination, so wie sie heute aufgestellt ist, nicht leisten. Für alle Betroffenen wäre es wichtig und hilfreich, wenn es eine Anlaufstelle gäbe, die allen bekannt wäre und bei der man professionelle Unterstützung von Einkäuferinnen und Einkäufern bekommt. So dass eine korrekte Anwendung des Submissionsverfahrens in einem vernünftigen Zeitrahmen gewährleistet ist. Auch wenn der betroffene Mitarbeiter oder die betroffene Mitarbeiterin keine Routine im Beschaffungswesen hat. Das Submissionsverfahren soll helfen, dass der Anbieter den Zuschlag erhält, der das beste Angebot zum günstigsten Preis macht. Das funktioniert

aber nur, wenn das entsprechende Verfahren korrekt angewandt wird. Mit unserem Vorstoss bitten wir den Stadtrat zu prüfen, wie Angestellte im Beschaffungsprozess durch Profis unterstützt werden können. Es soll geprüft werden, wie das vorhandene Fachwissen in den verschiedenen Dienstabteilungen besser bekannt gemacht und genutzt werden kann. So dass jemand, der eine Frage zur Beschaffung hat und Unterstützung benötigt, diese auch bekommt. Wir haben schon erfahrene Einkäufer und Einkäuferinnen in der Verwaltung, aber die Vernetzung zwischen denen, die die Unterstützung benötigen und denen, die die Unterstützung bieten können, funktioniert momentan noch nicht so, wie sie soll. Wir erkennen an, dass vom Finanzdepartement und der Fachstelle Beschaffungskoordination schon sehr viel geleistet worden ist, beispielsweise beim Aufbau des Fachintranets, bei der Kontrolle von freihändigen Vergaben oder beim Aufbau von juristischem Fachwissen. Unsere Forderung nach vermehrter praktischer Unterstützung der betroffenen Mitarbeitenden zielt in die gleiche Richtung. Wir bitten darum, den Vorstoss zu unterstützen.

Urs Fehr (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 23. November 2016 gestellten Ablehnungsantrag: Die Konsequenz daraus ist, dass man weiter den Apparat der Verwaltung aufbläht, weitere Stellenprozente schafft, die Lohnsumme wird noch weiter aufgestockt. Dazu werden noch zusätzliche Lehrlinge und Schreibtische benötigt. Das sind Kosten, die ins Uferlose wachsen, weshalb wir dieses kostentreibende Postulat nicht unterstützen können.

Weitere Wortmeldungen:

Christoph Marty (SVP): Der Stadtrat soll prüfen, wie professionelle Einkäufer der Stadtverwaltung die verschiedenen Dienstabteilungen bei Einkäufen, insbesondere bei Submissionen, unterstützen können. Gerade von kleineren Dienstabteilungen, die nicht oft Einkäufe von Gütern und Dienstleistungen tätigen, hört man oft, dass das Prozedere, gerade auch bei Submissionen, nicht nur aufwendig sondern oftmals auch schwierig sein soll. Doch Einkaufen und Aufträge vergeben, sind keine Kunst. Viel mehr als fachliche Kompetenz, gesunder Menschenverstand und Verhandlungsfähigkeit, braucht es dazu nicht. Fähigkeiten, die von den Mitarbeitern ziemlich sicher, von den Kadermitarbeitern aber garantiert erwartet werden müssen. Mit dem Postulat sollen ihnen diese Fähigkeiten nicht abgesprochen werden. Die städtischen Dienstabteilungen beschäftigen sicherlich genügend fähiges Personal und Kader und man kann zu Recht von ihnen erwarten, dass sie solche Aufgabenstellungen bewältigen können. Wenn das nicht gegeben ist, wird nicht noch mehr Personal benötigt, sondern grundsätzliche Weichenstellungen. Seit die vereinigte Sozialdemokratie in den 90er-Jahren die Mehrheit in Stadt- und Gemeinderat stellt, wächst die Verwaltung. Jetzt soll der Apparat weiter aufgeblasen werden. Es ist keine Kunst mit einem maximalen Ressourceneinsatz brauchbare Ergebnisse zu erreichen. Viel anspruchsvoller ist es, mit limitierten Mitteleinsatz gute Resultate zu erzielen. Aber wenn man das Geld nur ausgibt und sich keine Gedanken darüber macht, wie die Mittel erwirtschaftet werden, interessiert das nicht. Es ist nur bezeichnend, dass so ein Vorschlag von der Fraktion kommt, die die Aufblähung des Verwaltungsapparats hauptsächlich zu verantworten hat. Unter SP-Führung hat die ver-

einte Sozialdemokratie in den über zwanzig Jahren ihrer Mehrheit im Stadt- und Gemeinderat einen Schuldenberg von bald zehnstelliger Höhe angehäuft. Trotz Rekordsteuereinnahmen in Folge, bringt man nur knapp ein ausgeglichenes Budget zustande. Die Aufblähung des Verwaltungsapparats ist der falsche Weg. Aber ich bin mir sicher, die real existierende Sozialdemokratie wird auch diesen Vorstoss überweisen und schon bald wird die städtische Verwaltung wieder ein paar Mitarbeiter mehr beschäftigen.

Walter Angst (AL): Wir sind auch der Meinung, dass der Vorstoss gut gemeint ist, aber nicht so wirklich das Ziel erreicht. Es wird vorgeschlagen, dass man professionelle Einkäufer und Einkäuferinnen anstellt. Wie man das zentral aufbauen will, dass bei den Kaufverhandlungen die verschiedenen Geschäftsbereiche abgedeckt werden können, kann ich mir nicht vorstellen. Was richtig ist, dass es eine rechtliche Unterstützung benötigt. Dass Personen, die das Submissionsrecht im Detail kennen, den einzelnen Abteilungen, die einen Einkauf tätigen müssen, aufzeigen, was es für Möglichkeiten gibt. Zum Teil werden Fehler gemacht, zum Teil wird nicht der Weg gewählt, bei dem der beste Preis herauskommt, zum Teil gibt es noch Einsprachen, wodurch alles für Jahre blockiert ist. Dazu wird aber nicht das benötigt, was vorgeschlagen wird. Dazu braucht es ein kleines Mini-Kompetenzzentrum in der Finanzverwaltung beim städtischen Beschaffungswesen. Das ist in Planung, damit die Einkäufe korrekt, aber auch nach den Bedürfnissen der Dienstabteilungen kostengünstig getätigt werden und vielleicht auch so, dass Bewerberinnen und Bewerber, Anbieterinnen und Anbieter vielleicht auch aus dem Kanton Zürich mit den Ausschreibungen etwas anfangen und ein Angebot machen können. Damit ist das gewährleistet und ein Postulat wird nicht benötigt.

Marcel Tobler (SP): Ich bin ein Befürworter einer positiven Fehlerkultur, damit man auch in einer Stadtverwaltung Fehler machen, daraus lernen und sich verbessern kann. Aber im Beschaffungswesen und beim Einkauf dürfen keine Fehler passieren. Das sind grössere, komplexe Beschaffungen, die auch rechtlich anspruchsvoll sind. Die rechtlichen Vorschriften sind gegeben und an diese muss sich die Stadtverwaltung auch halten. Die Expertise ist nicht bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für die Beschaffungen zuständig sind, gegeben. Die Folgen dieser Fehler sind markant und teuer. Mit dem Postulat will man aber Kosten sparen, um effizienter zu werden. Es geht darum, Einsprachen und Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden, das ist im Sinne und im Interesse der KMU's, die man vorher angesprochen hat. Die KMU's haben ein Interesse daran, dass die Stadtverwaltung transparent und korrekt arbeitet, es keine Einsprachen gibt und es klar ist, wie eine Submission abgelaufen ist und sie ihre Projekte durchführen können, ohne die Gefahr von Einsprachen und Rechtsstreitigkeiten. Damit werden die Projektziele verzögert und das ist eine Verschwendung von Zeit und Steuergeldern, die man sparen will. Eine Stadtregierung darf sich nicht dem Vorwurf der Vetternwirtschaft und Begünstigung aussetzen. Das ist schnell passiert, auch ohne Absicht, gerade bei freihändigen Vergaben. Wie schnell die WTO-Limiten erreicht sind, bis wann man etwas öffentlich ausschreiben muss, weil man es einfach nicht weiss. Deshalb gibt es eine ganz einfache Lösung für das Problem, damit man das Know-how nicht in allen Dienststellen aufbauen muss, weil es wieder veraltet, wenn man es nicht oft nutzt. Sondern, dass es Fachleute gibt in der Verwaltung, die dort unterstützen, wo

es nötig ist. Ich habe mit Interesse gelesen, dass im Finanzdepartement jetzt die Themenbereiche verstärkt und aufgebaut werden sollen. Das zeigt, der Stadtrat arbeitet daran, die Kompetenzen zu schaffen. Es ist nicht Sinn und Zweck des Postulats Personal aufzubauen, sondern die Expertise zu bündeln und wo angebracht einzusetzen, verteilt auf die einzelnen Dienstabteilungen.

Reto Vogelbacher (CVP): Submissionen sind wirklich anspruchsvoll, man muss Fristen beachten. Es müssen Pflichtenhefte erstellt werden, diese müssen möglichst anbieterneutral formuliert werden. Es müssen Eignungskriterien definiert werden sowie Zuschlagskriterien. Die Zuschlagskriterien, die gewichtet werden müssen, sind Basis für den Entscheid, welchen Lieferanten oder Dienstleister man auswählt. Es ist nicht nur allein der Preis, sondern die Gesamtheit der Kriterien, die man festlegt. Die operativen Facheinkäufer in den Dienstabteilungen sind fachlich sehr gut, wenn man allerdings nicht häufig Ausschreibungen machen muss, weiss man manchmal nicht genau, wie man diese angehen soll. Und das nimmt das Postulat auf, dass man auf unkompliziertem Weg Fachspezialisten innerhalb der Verwaltung informell und ohne komplizierte Prozesse involvieren und Einzelfragen stellen kann. Das interne fachliche Wissen sollte unbedingt auch bedarfsgerecht genutzt werden. Das soll nicht bürokratisch erfolgen, dass man über den eigenen Abteilungsleiter gelangt. Auf Bundesebene funktioniert das sehr gut. Bei der SVP gibt es eine schriftliche Anfrage, die eine Beschwerde Submissionsverfahren thematisiert. Dort ist die Rede davon, dass man vielleicht Submissionen nicht ordnungsgerecht gemacht hat und man diese vielleicht nicht fachgerecht durchgeführt hat und es deshalb vielleicht ein Kompetenzzentrum benötigt, um sie richtig zu machen. Die Fragestellung, die in der Anfrage aufgegriffen wird, geht in die gleiche Richtung wie das Postulat der SP. Das Fachwissen muss genutzt werden und zwar innerhalb der Verwaltungen und man muss nicht immer externe teure Berater herbeiziehen, genau das generiert wieder Kosten. Die CVP steht hinter dem Postulat, weil sie es als sinnvoll erachtet. Insbesondere stützt man sich auf die internen Kräfte, die mehr Erfahrung im Submissionswesen haben und da man das Wissen teilweise nutzen kann, bleibt das Ganze fast kostenneutral. Und weil es kostenneutral bleibt, unterstützen wir das Postulat.

Dr. Urs Egger (FDP): Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass man die bestehenden Ressourcen in einer Verwaltung so einsetzt, dass man die Resultate bekommt, die man will. Das heisst, die Personen, die Know-how haben, sollen dort zum Einsatz kommen, wo es den grössten Nutzen bringt. Vor der Frage steht jedes Management in einer Organisation, ob es eine Verwaltung oder eine private Firma ist. Es war immer die Rede davon, dass man mit internen Mitarbeitern diese Unterstützung gewährleisten soll. Es sollte mit internen bestehenden Mitarbeitern passieren. Wenn es absolut kostenneutral ist, können wir dahinter stehen. Wenn dort etwas aufgebaut wird, wie anfangs befürchtet wurde, können wir das nicht unterstützen. Mit bestehenden Ressourcen und ohne Zusatzkosten, dann stimmen wir dem Postulat zu. Wir werden dies aber in der Budgetdebatte weiterhin beobachten.

5 / 5

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Die Stadt ist ein Gemischtwarenladen mit sehr unterschiedlichen Bedürfnissen und Datenzuständen. Wir können wenig auf Knopfdruck abrufen, weil in den Dienstabteilungen gearbeitet wird. Es ist weder die Absicht des Stadtrats noch vom Finanzdepartement, irgendetwas zu zentralisieren. Das Know-how für die Beschaffungen liegt bei den Dienstabteilungen, auch die Verantwortung. Die Abteilungen, die grosse Beschaffungsvolumen haben, machen das professionell und haben auch das Personal dafür. Es ist selbstverständlich, dass man dort das entsprechende Know-how hat. Weniger selbstverständlich ist es bei den kleineren Dienstabteilungen und das Postulat setzt dort an. Da haben wir ein Problem, da ist das Know-how nicht genügend vorhanden und das Risiko von Fehlern ist grösser. Wir werden dies verstärken müssen und sind auch gewillt, die bisher im Departementssekretariat angesiedelte Fachstelle zu einem Kompetenzzentrum auszubauen, weil wir namentlich die kleinen Dienstabteilungen unterstützen wollen. Wir haben aber nicht vor, Einkäuferinnen zu beschäftigen, das wäre der falsche Weg. Aber wir werden im Budget zwei Stellen beantragen. Eine juristische Person, die zusammen mit dem jetzigen Leiter der Fachstelle Dienstabteilungen beraten wird und in noch zu genau definierenden Bereichen Support leisten kann. Der Entwicklungsbedarf ist angebracht, damit wir die Bedenken der GPK, ob die Beschaffungen in der Stadt regelmässig gut ablaufen, zerstreuen können. Denn mit fehlerhaften Beschaffungen läuft man in ein Reputationsrisiko. Das ist substanziell und man kann massiv Zeit verlieren bei wichtigen Beschaffungen. Zudem kostet es intern Nerven und bei denen, die letztlich auf einen Zuschlag warten. Insofern bitte ich darum, die Stellen im Budget zu unterstützen.*

Das Postulat wird mit 94 gegen 20 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat